



**Boris Rhein neuer
Ministerpräsident**

FACHKRÄFTE

BS Wassmann
Finding Competence

Engineering

im Engineering

Sie brauchen nicht
viele Bewerber -
nur die Richtigen!

Sie suchen Fachkräfte im **Engineering**?

Egal ob Ingenieure, Techniker oder Technische Produktdesigner – mit branchenspezifischer, langjähriger Recruitingenerfahrung unterstützen wir Sie bei der Besetzung Ihrer Vakanzen in ganz Hessen!

Nehmen Sie jetzt Kontakt zu uns auf, damit wir Ihnen Top-Kandidaten im Ingenieurwesen vorstellen können!

- BS Wassmann GmbH
- Rodheimer Straße 5 35633 Lahnau
- 06441/8707990
- t.wassmann@bs-wassmann.de
- www.bs-wassmann.de





LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

am 31. Mai ist im Hessischen Landtag eine Ära zu Ende gegangen. Deutschlands dienstältester Ministerpräsident übergab den Staffelstab an seinen Nachfolger. Bereits im Februar haben wir beim Künzeller Treffen in Fulda in Freundschaft und Übereinstimmung den Übergang von Volker Bouffier zu Boris Rhein gemeinsam besprochen. Ganz persönlich habe ich den Abschied von Volker Bouffier mit Dankbarkeit, aber auch mit Wehmut gesehen. Ich blicke gerne auf viele Jahre guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit ihm zurück. Die gesamte hessische Union hat Volker Bouffier viel zu verdanken. Seit zwölf Jahren führt er unsere Partei und die hessische Landesregierung mit großem Erfolg. Er hat die erste Schwarz-Grüne Koalition in einem Flächenland geschmiedet. Auf dieser Grundlage kann die Landesregierung nun erfolgreich weiter arbeiten.

Sein Nachfolger Boris Rhein hat einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt. Vom jungen, engagierten Kämpfer über den konservativen Innenminister bis zum ausgleichenden Landtagspräsidenten. Seit einigen Jahren arbeiten wir mit den Grünen verlässlich und respektvoll zusammen. Bei der Wahl zum Ministerpräsidenten bekam Boris Rhein mit 74 Stimmen sogar fünf Stimmen mehr als die Koalition hat. Das ist ein sehr großer Vertrauensbeweis. Mit ihm haben wir einen würdigen Nachfolger für das Amt des Ministerpräsidenten gefunden. Nach Roland Koch und Volker Bouffier schlagen wir nun ein neues Kapitel unserer Erfolgsgeschichte auf. Boris Rhein ist der richtige Mann zur richtigen Zeit, um Hessen und die hessische Union in eine gute Zukunft zu führen. Gemeinsam mit ihm werden wir weiter dafür arbeiten, dass es den Menschen in Hessen auch in den nächsten Jahren gut geht.

Ihr

Manfred Pentz Mdl
Generalsekretär der CDU Hessen



Anzeige

Versorgungssicherheit: Hessen kann starken Beitrag leisten

Der Bundesverband WindEnergie hat in einer aktuellen Studie untersucht, welches Potenzial an Flächen für die Windenergie die Bundesländer haben. Hessen liegt mit 5,2 Prozent der Landesfläche im bundesweiten Vergleich auf Platz sechs – gleichauf mit Schleswig-Holstein. Große Teile der in Hessen identifizierten Flächen haben zudem ein geringes Konfliktrisiko, wären also sehr gut nutzbar. Dieses Potenzial gilt es, jetzt schnell zu erschließen.

Im ersten Quartal 2022 wurden in Hessen insgesamt 36 neue Windenergieanlagen mit einer kumulierten Leistung von 193,3 MW genehmigt – Platz drei unter den Bundesländern, nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Hessen hat 1,9 Prozent seiner Fläche in der Regionalplanung abschließend für die Windenergie ausgewiesen und gehört damit zu den Spitzenreitern. Mehr Flächen stellt nur Schleswig-Holstein bereit. Es ist davon auszugehen, dass sich in den kommenden Jahren durch die Krise der fossilen Energieträger, Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine und die zunehmende Sektorenkopplung die Strombedarfe deutlich erhöhen werden. Gegebenenfalls bedeutet dies auch, dass mehr Flächen als die bisher anvisierten 2 Prozent notwendig sein werden. Hessen hat das Potenzial, hier einen starken Beitrag zur deutschen Energiesouveränität zu leisten.

*Joachim Wierlemann,
Landesvorsitzender Bundesverband
WindEnergie Hessen*



Landesverband
Hessen



INHALT

CDU HESSEN

10
DER MENSCH UND POLITIKER
BORIS RHEIN

12
VOLKER BOUFFIER: EIN VOLL-
BLUTPOLITIKER, DER BLEIBENDE
SPUREN HINTERLÄSST

18
KONFLIKT MIT RUSSLAND
ALS ZÄSUR FÜR DIE DEUTSCHE
ENERGIEPOLITIK

Anzeige

Initiative
Gesundheitsindustrie
Hessen



AUS DER PARTEI

14
SONDERVERMÖGEN FÜR DIE BUNDESWEHR: UNION SETZT SICH DURCH
 Fraktionschef Friedrich Merz MdB geht hart mit der Regierung ins Gericht

16
MIT KÄMPFERISCHER FRÖHLICHKEIT FÜR DEMOKRATISCHE WERTE EINTRETEN
 Michael Brand MdB erinnert mit parteiübergreifender Aktion an Dr. Walter Lübcke

AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

6
DIE ZUKUNFT IM BLICK, DIE ERFOLGE GEBEN RÜCKENWIND
 Boris Rhein folgt auf Volker Bouffier – Astrid Wallmann erste hessische Parlamentspräsidentin

22
EDITORIAL
 Fraktionsvorsitzende Ines Claus MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer Holger Bellino MdL

24
WIR STEHEN AN DER SEITE DER UKRAINE

26
AKTUELLES AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION



Jörg Bach, Geschäftsführer (Foto: MarkusPuettmann)

Pffiffige, innovative und nachhaltige Lösungen im Mittelstand / Krieg in der Ukraine

Herr Bach führt die Unternehmensberatung Bach Wirtschafts – Consulting GmbH und die Allpack GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main seit über 20 Jahren erfolgreich.

Er arbeitet seit über 20 Jahren als Sanierer für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU´s).

Unabhängig davon werden im eigenen Unternehmen der Allpack GmbH, welche im Bereich Handel und Rekonditionierung von Kunststoff IBC Containern deutschlandweit unter anderem tätig ist, unterschiedlichsten Maßnahmen getestet.

Um den immer spürbareren Auswirkungen des Ukraine Krieges entgegenzuwirken, wurden entsprechende Maßnahmen getroffen:

Das Marketing wurde maßgeblich überarbeitet und für deutsche Verhältnisse aggressiv ausgerichtet.

Auch die Verkaufs- und Einkaufsaktivitäten wurden durch überarbeitete Maßnahmen erheblich intensiviert.

Die Liquidität wurde überprüft und entsprechend schon jetzt verbessert.

Der Produktions Prozess wurde durchleuchtet und wiederum verbessert, so dass die Kunden weitere Erfolge verbuchen können. Die Kunden erhalten verbesserte Preise sowohl im Einkauf als auch im Verkauf.

Durch diese Aktivitäten, konnte innerhalb von drei Monaten der Umsatz und auch die Gewinnlage verbessert werden. Die Auswirkungen des Krieges konnten vorerst abgefangen werden, weitere Auswirkungen des Krieges fordern harte, rücksichtslose Sanierungsmaßnahmen in nahezu allen Branchen.

Mit anderen Worten, man sollte jetzt intensiv starten und sein Unternehmen auf allen Ebenen durchleuchten, um es für die zu erwartenden Probleme krisensicher zu machen.

Allpack GmbH
Bach Wirtschafts- Consulting GmbH
 Sophienstr. 44
 60487 Frankfurt
 Tel.: 069 24278966

Mehr Infos finden auf unseren Internetseiten:
www.allpack-gmbh.eu
www.wic-gmbh.com

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU Hessen, Alfred-Dregger-Haus, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden

Chefredakteurin: Michelle Lardong

Chef vom Dienst: Thorsten Weber

Titelbild: Felix Schmitt

Fotografen: Tobias Koch, Lou-Tizia Reimann

Freie Autoren: Helmut Hehn, Andreas Mai, Maximilian Gatzler

Redaktionsanschrift: Hessen Kurier, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon: (0611) 16 65-513, Fax: (0611) 16 65-485, E-Mail: info@hessenkurier.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

Verlag und Anzeigenvertrieb: Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 16 65-513, Fax (0611) 16 65-485

Verlagsgeschäftsführung und verantwortlich für die Anzeigen: Helmut Hehn

Anzeigenvertrieb: BK Kommunikation Verlagsgesellschaft für Politik und Marketing GbR, Breisgaustr. 25, 76532 Baden-Baden, Telefon: 07221/27 60 27, Fax: 07221/27 61 28 E-Mail: info@bk-kommunikation.de

Anzeigendisposition: Sabine Lauer

Design, Layout & Produktion: GURU GmbH, Cremon 32, 20457 Hamburg www.guru-mc.com

Druck: A&M Service GmbH, Hinter dem Entenpfuhl 13 & 15, 65604 Elz, www.a-m-service.de

Verlagsbeirat: Holger Bellino, Frank Lortz, Manfred Pentz

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Nicht verlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Hinweis gem. § 5 HPresseG: An der Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH ist die CDU Hessen durch Treuhänder zu 100 v. H. beteiligt.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag zeichnet sich im Sinne des Presserechts für die Seiten 6 – 9, 13, 22 – 26 verantwortlich!



DIE ZUKUNFT IM BLICK, DIE ERFOLGE GEBEN RÜCKENWIND

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende



Die Zukunft im Blick, die Erfolge geben Rückenwind. So oder so ähnlich kann man die vergangenen Tage und Wochen beschreiben, in denen wir als Fraktion und Landesregierung ein neues Kapitel aufgeschlagen haben.

Mit großer Mehrheit wurde unser ehemaliger Landtagspräsident Boris Rhein am 31. Mai zum Ministerpräsidenten und Nachfolger von Volker Bouffier gewählt.

„Eine politische wie auch persönliche Zeitenwende für unser Land.“

Das eindrucksvolle Wahlergebnis ist ein enormer Vertrauensbeweis für unseren neuen Ministerpräsidenten Boris Rhein, ein deutliches Signal für die Geschlossenheit der Regierungskoalition in Hessen und eine gute Grundlage für eine weiterhin vertrauensvolle und erfolgreiche Koalitionsarbeit in den kommenden eineinhalb Jahren bis zur Landtagswahl.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►



Die 42-jährige Astrid Wallmann ist die erste Frau an der Spitze des hessischen Parlaments.

Boris Rhein ist ein sehr erfahrener und über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg angesehener und hoch geschätzter Politiker und Kollege. Sowohl als hessischer Wissenschafts- wie auch als Innenminister hat er politische und gesellschaftliche Entscheidungen von höchster Bedeutung für unser Land an vorderster Stelle erfolgreich mitgestaltet. Als Präsident des obersten Verfassungsorgans in Hessen hat er den Hessischen Landtag nach innen und außen über Jahre hinweg in hervorragender und überzeugender Weise vertreten und repräsentiert. Und nicht nur deshalb sind wir absolut davon überzeugt, dass er unser Land mit ebenso viel Weitsicht und Sorgfalt, mit Leidenschaft in der Sache und mit Blick auf das Wohl der Menschen führen und weiterentwickeln wird. Dafür wünschen wir ihm alles Gute, Gottes reichen Segen und lassen ihn wissen:

„Wir als Fraktion werden geschlossen hinter ihm stehen und ihn bei allen anstehenden Aufgaben und Herausforderungen bestmöglich unterstützen.“

Mit der Neuwahl des Ministerpräsidenten stand auch die Neubesetzung des protokollarisch wichtigsten Amtes an, das es in Hessen gibt: die Präsidentschaft des Hessischen Landtags. Wir freuen uns sehr, dass unsere Kollegin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Wallmann mit ebenso großer Mehrheit als Nachfolgerin von Boris Rhein zur ersten Landtagspräsidentin Hessens an die Spitze des Parlaments gewählt wurde. Erstmals in der 75-jährigen Geschichte des Landes steht damit eine Frau dem Hessischen Landtag vor. Ein weiteres wichtiges Signal und ein weiterer historischer Meilenstein in der Geschichte unseres Landes.

Astrid Wallmann gehört dem Parlament bereits seit 13 Jahren an und hat seitdem an verschiedenen Stellen sehr integrativ und engagiert gewirkt. Das gilt für ihre Arbeit im Petitionsausschuss ebenso wie im Hauptausschuss oder dem Ältestenrat. Sie hat zudem einschlägige Verwaltungserfahrung und ist dadurch befähigt, die Landtagskanzlei nicht nur aufgrund ihrer politischen Erfahrung, sondern auch aufgrund

ihrer Ausbildung zu prägen und zu führen.

Besonderer Dank und große Anerkennung gebühren auch unserer langjährigen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann, die sich um unser Land und die hessische Justiz in vielfältiger Weise verdient gemacht hat, dem neuen Kabinett unter Boris Rhein aber nicht mehr angehört. Wir danken ihr ganz herzlich für ihre hervorragende Arbeit und wünschen ihrem Nachfolger Prof. Dr. Roman Poseck und seiner Staatssekretärin Tanja Eichner alles Gute und viel Erfolg in den neuen Ämtern. Unser Dank gilt ebenso Justiz-Staatssekretär Thomas Metz sowie dem Sprecher der Landesregierung Michael Bußer für ihre über viele Jahre geleistete Arbeit in der Landesregierung.

„Uns alle eint das Ziel, weiter erfolgreich Politik für Hessen zu machen.“

Gemeinsam wollen wir die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen, mit engagierter Sachpolitik das Lebensumfeld der Bürgerinnen

und Bürger in Hessen weiter verbessern und dabei die grundlegenden Werte und Überzeugungen als Kompass und Richtschnur der eigenen Politik begreifen. Dafür setzen wir uns jeden Tag mit voller Kraft und aus voller Überzeugung ein.

Auch wenn uns der grausame Krieg in der Ukraine und seine in vielerlei Hinsicht dramatischen Folgen und Konsequenzen weiterhin sehr beschäftigen und fordern, wollen wir in den kommenden Wochen und Monaten auch weiter an der Zukunft unseres Landes arbeiten und Schwerpunkte setzen. Hessen ist ein starkes Land und daran hat insbesondere auch unser ehemaliger und langjähriger Ministerpräsident Volker Bouffier einen großen Anteil. Ihm gilt an dieser Stelle und zum Abschied als dienstältester Regierungschef in Deutschland deshalb unser aufrichtiger und außerordentlicher Dank für seinen jahrelangen unermüdlichen Einsatz für unser Land sowie die Bürgerinnen und Bürger Hessens. Wir sind stolz auf fast vier gemeinsame Jahrzehnte verlässliche und erfolgreiche Politik für die Mitte der Gesellschaft.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir nun gemeinsam mit Boris Rhein fortzuschreiben, damit Hessen auch in den kommenden Jahrzehnten ein erfolgreiches Land mit Vorbildcharakter bleibt. ■



Volker Bouffier trat nach zwölf Jahren als hessischer Ministerpräsident zurück. Vor seiner Zeit als Regierungschef war er fast elfeinhalb Jahre Innenminister. Insgesamt war der frühere Basketballer und Jurist fünf Jahrzehnte in der Politik, davon 40 Jahre in verschiedenen Ämtern.

INFORMATION

Am 31. Mai 2022 wurden Prof. Roman Poseck zum Hessischen Minister der Justiz und Tanja Eichner zur Hessischen Staatssekretärin der Justiz ernannt.



Prof. Roman Poseck und
Tanja Eichner



BORIS RHEIN

MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES HESSEN

ÜBER MICH

Geboren bin ich am 2. Januar 1972 in meiner Heimatstadt Frankfurt am Main. Nach dem Abitur am Lessing-Gymnasium im Jahr 1991 studierte ich Rechtswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Im Jahre 1997 schloss ich mein erstes Staatsexamen ab und leistete Zivildienst als Betreuer in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung. Nach dem zweiten Staatsexamen war ich als Rechtsanwalt tätig.

Bereits seit 1990 war ich in der Jungen Union aktiv, unter anderem als Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender und

engagierte mich politisch ehrenamtlich in meiner Stadt. Von 2008 bis 2012 war ich Kreisvorsitzender der CDU Frankfurt. In den Hessischen Landtag wurde ich erstmals 1999 gewählt. In 2006 wurde ich in Frankfurt hauptamtlicher Stadtrat und war zunächst zuständig für Brandschutz, Personal, Recht und Sicherheit. Ab 2007 lag meine Zuständigkeit bei Wirtschaft, Recht und Personal. Im Jahr 2009 wechselte ich zurück nach Wiesbaden, wo ich als Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport tätig war. In 2010 wurde ich schließlich zum Hessischen Minister des Innern und für Sport ernannt.

Seit der Landtagswahl 2014 bin ich wieder direkt gewähltes Mitglied des Hessischen Landtages und wurde nach der Wahl zum Minister für Wissenschaft und Kunst ernannt. Bei der konstituierenden Sitzung im Jahr 2019 wurde ich einstimmig zum Präsidenten des Hessischen Landtages gewählt.

Am 31. Mai 2022 wurde ich vom Hessischen Landtag zum 10. Ministerpräsidenten des Landes Hessen gewählt.

Mit meiner Frau und meinen zwei Söhnen lebe ich in meiner Heimatstadt Frankfurt am Main. ■

BERUFLICHER WERDEGANG

1991	Abitur am Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main
1991 – 2000	Studium der Rechtswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main
1997 – 1998	Zivildienst als Betreuer im Wohnheim für Menschen mit Behinderung
2000	Zulassung als Rechtsanwalt
2000 – 2006	Tätigkeit als Rechtsanwalt

PARTEI

1990 – 2007	Mitglied der Jungen Union
seit 1993	Mitglied der CDU Frankfurt
1996 – 2002	Kreisvorsitzender der Jungen Union Frankfurt am Main
2008 – 2012	Kreisvorsitzender der CDU Frankfurt am Main

MANDATSBEZOGENE TÄTIGKEIT

1999 – 2006	Mitglied des Hessischen Landtages für den Wahlkreis 36 (Frankfurt am Main III)
2006 – 2007	Dezernent der Stadt Frankfurt am Main für Brandschutz, Personal, Recht und Sicherheit
2007 – 2009	Dezernent der Stadt Frankfurt am Main für Recht, Wirtschaft und Personal
2009 – 2010	Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und Sport
2010 – 2014	Hessischer Minister des Innern und Sport
seit 2014	Mitglied des Hessischen Landtages für den Wahlkreis 39 (Frankfurt am Main VI)
2014 – 2019	Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst
2019 – 31.5.2022	Präsident des Hessischen Landtages
seit dem 31. Mai 2022	Hessischer Ministerpräsident



EIN VOLLBLUTPOLITIKER, DER IN HESSEN BLEIBENDE SPUREN HINTERLÄSST

Der dienstälteste Ministerpräsident Deutschlands verabschiedet sich und die gesamte CDU Hessen verneigt sich vor seiner Lebensleistung.

Volker Bouffier hat Hessen über Jahrzehnte im besten Sinne gestaltet und eine politische Ära geprägt. Mit ihm verliert nicht nur das Land Hessen einen großartigen Ministerpräsidenten, sondern auch die CDU einen ihrer profiliertesten Köpfe in Deutschland, einen Vollblutpolitiker, der in Hessen bleibende Spuren hinterlässt. Für seine Leistungen als Ministerpräsident sind ihm die CDU Hessen sowie die CDU-Landtagsfraktion zu großem Dank verpflichtet.

In seiner knapp zwölfjährigen Amtszeit sowie unter seiner kompetenten,

klugen und umsichtigen Führung ist Hessen ein starkes, erfolgreiches und auf vielen Feldern vorbildliches Land gewesen. Zunächst in einer Regierungskoalition mit der FDP. Dann – in einer sehr herausfordernden Ausgangssituation – seit 2014 erfolgreich und vom Wähler bestätigt in der Partnerschaft mit Bündnis 90/Die Grünen. Dabei hat er politische Gräben überwunden und ist Pionier dieses schwarz-grünen Bündnisses, das in diesen Wochen auch in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein als Blaupause für neue Koalitionen dient.

Wie kein anderer steht Volker Bouffier für Stabilität und Verlässlichkeit – gerade in unsicheren Zeiten. Dies hat er in der Flüchtlingskrise genauso bewiesen wie seit zwei Jahren im

Umgang mit der Corona-Pandemie. Die Menschen vertrauen ihm, das zeigt sich in vielen positiven Umfragen zu seiner Person und der Tatsache, dass er seit 36 Jahren immer wieder als Gießener Landtagsabgeordneter direkt wiedergewählt wurde.

Seine Fähigkeit, mit politischem Weitblick und emphatischer Art das Land zu führen und den Menschen Orientierung zu geben, findet zu recht weit über die Grenzen unserer Partei Anerkennung.

Die CDU Hessen sowie die CDU-Landtagsfraktion danken ihm herzlich für all sein Wirken als Ministerpräsident und wünschen ihm von Herzen alles erdenklich Gute. ■

Zum Abschied von Volker Bouffier

12 Jahre

als Ministerpräsident an der Spitze Hessens

36 Jahre

Mitglied unserer Fraktion

Wir, Deine Fraktion, danken Dir ganz herzlich für Deinen jahrelangen unermüdlichen Einsatz für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger. Wir sind stolz auf fast 4 gemeinsame Jahrzehnte verlässliche und erfolgreiche Politik für die Mitte der Gesellschaft.

Es war uns eine große Ehre und Freude, mit Dir für unser Land arbeiten zu dürfen.

Danke lieber Volker Bouffier,
alles Gute und Gottes Segen!

Deine CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



Ines Claus
Vorsitzende der CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag



Holger Bellino
Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU-
Fraktion im Hessischen Landtag

SONDERVERMÖGEN FÜR DIE BUNDESWEHR: UNION SETZT SICH DURCH

FRIEDRICH MERZ FORDERT KLARES BEKENNTNIS ZUM UKRAINE-KRIEG

Ziellos und ohne klare Haltung: Im Bundestag geht CDU-Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz hart mit der Scholz-Regierung ins Gericht. Ein Hauptkritikpunkt: Die Haltung des Kanzlers zum Ukraine-Krieg. Scholz sage lediglich, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen dürfe und die Ukraine bestehen müsse, sagte Merz. Aber warum sagt Scholz nicht, dass die Ukraine den Krieg gewinnen müsse und sich Russland zumindest hinter die Kontaktlinie von vor dem 24. Februar zurückziehen müsse? „Warum sagen Sie es nicht“, fragte Merz. „Gibt es da eine zweite Agenda?“

Merz forderte Scholz auf, wichtige Fragen für die deutsche Öffentlichkeit zu beantworten: Welche Waffen liefert Deutschland wirklich an die Ukraine? Wie wird Deutschland in der EU abstimmen, wenn es um den Kandidatenstatus für die Ukraine und weitere Staaten geht? Von der Ende Februar von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende

bleiben mittlerweile nur noch neue Schulden übrig. „Es gibt nichts, was Sie außer neuen Schulden mit diesem Wort ernsthaft verbinden“, machte Merz direkt an Scholz gerichtet deutlich.

KEIN PLAN FÜR EUROPA

Friedrich Merz machte weiter klar, dass der Bundeskanzler durch seine unklare Haltung Deutschland und Europa schadet: „Wenn die größte Nation in der EU keine klare Meinung hat und keine Antworten hat, dann bleibt es in ganz Europa unklar.“ Er kritisierte, dass die Bundesregierung keinen Vorschlag habe, wie sich Europa aufstellen und „dauerhaft verteidigen“ kann – auch Pläne für eine europäische Sicherheitsarchitektur oder eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gebe es nicht. Stattdessen gebe es im Wesentlichen nur neue Pläne für noch mehr Schulden, Geldverteilung mit der Gießkanne und damit neue Belastungen für kommende Generationen.

Immerhin: In der Diskussion um das Sondervermögen für die

Bundeswehr konnte eine Einigung erzielt werden. Merz begrüßte die Verständigung und sagte: „Sie sind unseren Wünschen vollumfänglich nachgekommen.“ Das Geld werde ausschließlich für die Bundeswehr verwendet – so wie von CDU und CSU vorgeschlagen. In einem Wirtschaftsplan würden die Rüstungsvorhaben festgelegt. Und die Bundeswehr erhalte erstmalig ein Finanzierungsgesetz, in dem klargestellt werde, dass Deutschland seinen Verpflichtungen gegenüber der NATO auch nachkomme, wenn der Sonderfonds ausgeschöpft sei. „Und das können auch mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sein“, so Merz.

Der CDU-Chef hatte schon Ende Februar deutlich gemacht: „Deutschland muss endlich bereit sein, in dieser Welt seine Interessen zu definieren und diese Interessen auch durchzusetzen. Wir brauchen eine umfassende Ertüchtigung unserer Streitkräfte.“ Die Bundeswehr muss befähigt werden, das eigene Territorium und die eigene Bevölkerung wirksam gegen jedwede Form der Gewalt und der Nötigung von außen zu schützen und zu verteidigen.

DAS 100 MILLIARDEN-EURO- PAKET

Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen insgesamt 100 Milliarden Euro für die Ausstattung und Ausrüstung der Bundeswehr bereitgestellt werden – zusätzlich zu den vorgesehenen Ausgaben über den Verteidigungsetat. Das Geld wird in einem Sonderfonds bereitgestellt.

Mit dem Sonderfonds erreicht Deutschland schon im kommenden Jahr das Ziel, zwei Prozent des BIP



© www.pixabay.com

für Verteidigung auszugeben. Das Geld fließt ausdrücklich in unsere Streitkräfte. Zusätzlich zum Sondervermögen soll weiteres Geld für Cybersicherheit, Zivilschutz und Unterstützung Dritter über den normalen Bundeshaushalt fließen.

ÄNDERUNG DES GRUNDGESETZES

Das Sondervermögen soll im Grundgesetz verankert werden. Hierfür braucht es die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten. Deshalb ist die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP auch auf Stimmen aus CDU und CSU angewiesen.

Zwei Prozent des BIP sollen künftig für Verteidigung ausgegeben werden. Das entspricht der Vereinbarung der NATO-Partner. Auch Deutschland erfüllt dann diese

Voraussetzung. Berechnet wird das in Durchschnittswerten über 5-Jahres-Zyklen. So werden höhere und geringere Werte „verrechnet“. Damit wird aufgefangen, dass Bestellungen, Auslieferungen und Bezahlungen in der Regel nicht immer zusammenfallen.

Auf die Mittel und Wege hat sich jetzt die Bundesregierung mit CDU und CSU geeinigt. Die Vereinbarung folgt den Forderungen der Union. ■

Die Union hat sich nach Ansicht von Friedrich Merz im Streit um das Sondervermögen für die Bundeswehr durchgesetzt. CDU und CSU hätten für ihre Zustimmung mehrere Bedingungen genannt. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP sei dankenswerterweise bereit gewesen, uns in allen diesen sechs Punkten zu folgen, betont der CDU-Vorsitzende und Fraktionschef.



© Tobias Koch

Anzeige

Neue Leitungsdatenbank für Kommunen

Vielorts sind Städte und Gemeinden für Leitungsnetze verantwortlich. Die kommunalen Betriebe als Betreiber der Netze, gerade kleinerer und mittlerer Kommunen, stehen zunehmend vor einer neuen Herausforderung. Mit einer stark wachsenden Anzahl von Tiefbaumaßnahmen für den Breitbandausbau, für den Ausbau der Elektromobilität oder Sanierungsmaßnahmen der Straßen und Abwasserkanäle, steigen auch die Anforderungen im Bereich der Planung, Überwachung und Leitungsauskunft.

Um die Qualität der Planung und Standards in der Ausführung weiterhin einhalten zu können, ist ein erhöhter Personalbedarf notwendig, der in der Regel nicht kurzfristig zur Verfügung steht.

Abhilfe aus diesem Dilemma schafft eine Leitungsdatenbank, in der die in Eigenverantwortung betriebenen Leitungsnetze geo-



referenziert und digital gespeichert werden. Damit schaffen Sie eine bessere und umfangreiche Grundlage für die Planung der Baumaßnahme und die Leitungsauskunft kann automatisiert quasi auf Knopfdruck erfolgen. Weiterhin sichern Sie damit nachhaltig das „Erinnerungswissen“ Ihrer langjährigen Mitarbeiter.

Terra-Digital aus Hofheim a.T. hat sich auf die Ortung von Leitungen, Rohren, Kanäle und

Bodenanomalien spezialisiert. Mit Bodenrargeräten, Vermessungstechniken und dem Einsatz von Drohnen, schaffen wir es, einen digitalen Zwilling des Baugrunds zu erstellen, der die Grundlage für eine digitale Leitungsdatenbank bildet.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Nachhaltige Dokumentation und digitalisierte Pläne, kein wälzen von Aktenordner oder Termine vor Ort, keine zusätzlichen Vermessungsarbeiten oder Suchschachtungen, um den Bestand zu erfassen. Gern beraten wir Sie in allen Fragen der Leitungsortung.

TERRADIGITAL

Web: www.terra-digital.de
E-Mail info@terra-digital.de
Tel: 06192 / 200 9411

MIT KÄMPFERISCHER FRÖHLICHKEIT FÜR DEMOKRATISCHE WERTE EINTRETEN

Der Vorsitzende der Landesgruppe Hessen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Brand erinnert mit parteiübergreifender Aktion an Dr. Walter Lübcke



Parteiübergreifender Appell von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP und Erinnerung an Walter Lübcke vor dem zentralen Ort deutscher Demokratie. Vor dem Reichstagsgebäude MdB Michael Brand (links) und Christoph Lübcke (3. von links)

Im Juni jährte sich der heimtückische Mord durch Rechtsextremisten an dem ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zum dritten Mal. Das Vermächtnis des überzeugten Demokraten und sein entschiedener Einsatz gegen Hass und Hetze bleiben unvergessen.

Parteiübergreifend haben hessische Bundestagsabgeordnete der CDU, SPD, FDP und der Grünen in Berlin zum Todestag am 2. Juni an den Kasseler Regierungspräsidenten und sein politisches Vermächtnis erinnert.

Dazu haben die Abgeordneten mit der Demokratie-Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ aus Kassel eine Aktion im Deutschen Bundestag gestartet: Sie erinnerten jeweils in ihren Fraktionen an den Regierungspräsidenten und seinen Einsatz für die Demokratie und verteilten bedruckte Kaffee-Teebecher mit dem Aufdruck „Demokratische Werte sind

unsterblich“ neben dem Porträt von Walter Lübcke.

„Der Name Walter Lübckes ist verbunden mit seinem unermüdlichen Einsatz für die Demokratie. Mit Leidenschaft und mit kämpferischer Fröhlichkeit trat er für unser Land und für demokratische Werte ein.

Sein Credo war, dass es sich lohnt, in diesem Land zu leben und für unsere Werte einzustehen. Der Becher mit dem Porträt von Walter Lübcke steht dafür, dass der Einsatz für Demokratie eine Selbstverständlichkeit und zugleich ein Auftrag an uns alle ist – so selbstverständlich wie ein guter Schluck aus der eigenen Tasse – ein Schluck Demokratie“, erklärte der Chef der hessischen Landesgruppe in Berlin, MdB Michael Brand, ein langjähriger Weggefährte und Freund von Walter Lübcke.

Die gemeinsame Aktion sei „über Parteigrenzen hinweg ein besonderes Zeichen und tägliche Erinnerung an das stete und selbstbewusste Eintreten für unsere freiheitlichen demokratischen Werte“, sagte Christoph Lübcke bei einem Treffen mit den Abgeordneten vor dem Reichstagsgebäude, „das Zentrum der deutschen Demokratie, unserem Parlament“. ■

HINTERGRUND

Die Botschaft „Demokratische Werte sind unsterblich“ wurde über Kassel hinaus bekannt, als zum ersten Jahrestag der Ermordung Walter Lübckes die Initiative „Offen für Vielfalt“ gemeinsam mit dem Kasseler Regierungspräsidium mit einer großangelegten Plakatkampagne ein deutliches Zeichen gegen Gewalt und Intoleranz gesetzt hat.



www.offenfuervielfalt.de



Unwiderruflichen Schaden abwenden



Der von Russland begonnene Krieg erschüttert uns zutiefst. Unermessliches menschliches Leid wird durch Russland mit seinem Angriffskrieg in die Ukraine und nach Europa getragen. In dieser Situation müssen wir alle eng zusammenstehen: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt die klare Haltung und die Sanktionen der Bundesregierung und der EU. Und wir unterstützen die Position, dass wir alles tun müssen, was hilft, diesen Krieg und das damit verbundene Leid zu beenden. Gleichwohl werden die wirtschaftlich Auswirkungen des Kriegs immer deutlicher, auch in Deutschland: Unser Land steht vor der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Als chemisch-pharmazeutische Industrie leisten wir gemeinsam mit unseren 250 Mitgliedsunternehmen mit über 61.000 Mitarbeitern in vielfältiger Form aktive Hilfe. Ob Spenden, Produktlieferungen, Freistellungen und vieles mehr: Das Engagement ist wie überall im Land gewaltig. Unsere Hauptverantwortung sehen wir aber in der Stabilisierung der lebenswichtigen Produktionsnetzwerke.

Was die Folgen eines kurzfristigen Endes des Gasbezugs aus Russland angeht, geht es nicht um eine Frage von Einschätzungen. Hierzu haben wir eine klare Faktenlage: Es droht ein katastrophaler Zusammenbruch unserer Produktionsnetzwerke. Alle Bewertungen,

wonach nur ein moderater Einfluss auf die deutsche Wirtschaft und die Gesamtgesellschaft zu erwarten sei, unterschätzen massiv die Sekundär- und Tertiäreffekte. Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist die Basis fast aller Wertschöpfungsketten. Es geht also nicht um einige Wochen „Frieren für den Frieden“, sondern um eine massive Beschädigung der größten Stärke Deutschlands auch und gerade in internationalen Konflikten: unserer wirtschaftlichen Kraft.

Damit gilt für unsere Branche – bei aller ehrlichen emotionalen Betroffenheit – die rationale Abwägung, dass der positive Effekt eines Gasembargos nicht sicher ist, während der massive Schaden für die deutsche Industrie und damit für das Industrieland Deutschland sicher eintreten wird: Ein solches Embargo schadet leider uns mehr als Putin. Wir unterstützen deshalb die Bundesregierung in ihrer Position, auf ein einseitiges Gasembargo zu verzichten.

Diese Zeitenwende erfordert kluges Handeln und eine schnelle Umsetzung. Nachfolgend finden Sie unsere industriepolitischen Vorschläge. Sprechen wir darüber.

Unser Fünf-Punkte-Sofortprogramm

Die Zeitenwende, die wir vor vier Wochen erlebt haben, macht schnelles und entschlossenes Handeln notwendig. Nur so sind die schwerwiegendsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufedern. Dazu schlagen wir ein Fünf-Punkte-Sofortprogramm vor.

Staatliche Belastungen auf Energie streichen

Neben einem Verzicht auf ein Gasembargo zur Absicherung unserer Versorgung benötigen unsere Unternehmen bezahlbare Preise. Aus

diesem Grund sollte die Bundesregierung kurzfristig sämtliche nationalen staatlichen Belastungen auf Energie aussetzen.

Maximales Tempo bei Genehmigungen

Um zügig unabhängiger von russischen Energie- und Rohstofflieferungen zu werden, müssen die da für relevanten Projekte der Infrastruktur, Energie und Industrie unmittelbar gebaut werden. Dazu ist die geplante Beschleunigung von Genehmigungsverfahren schnellstens auf den Weg zu bringen. Aber auch das dauert zu lange, um die wichtigsten Investitionsprojekte in der erforderlichen Kürze umzusetzen. Ähnlich wie bei Tesla sollte deshalb unmittelbar und schon vor der endgültigen Genehmigung mit dem Bau von definierten Projekten begonnen werden können. Notwendige LNG-Terminals, Pipelines, Windkraft- und Industrieanlagen dürfen nicht auf Stempel warten. Bei diesen fest definierten Projekten muss das finanzielle Risiko einer eventuellen Nichtgenehmigung nach Fertigstellung vom Staat übernommen werden.

Landwirtschaftliche Erträge steigern

In der Landwirtschaft müssen wegen dramatisch ausfallender Getreidelieferungen der Ukraine und Russland alle Länder – auch Deutschland – dazu beitragen, eine globale Ernährungs- und Wachstumsverlust zu vermeiden. Dazu gehört über die EU-Vorschläge hinaus jetzt die kurzfristige aktive Unterstützung der Landwirtschaft und die maximale Flächennutzung für den Anbau von Nahrungsmitteln. Flächenstilllegungen müssen in der Krise ausgesetzt werden. Die Düngemittelproduktion muss sichergestellt werden. Auch dazu ist der Zugang zu Gas notwendig. Außerdem müssen Landwirte kurzfristig beim Kauf von

Düngemitteln unterstützt werden.

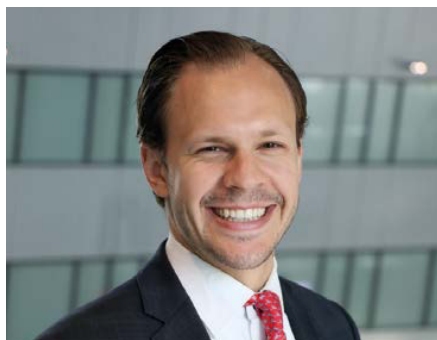
Zukunftscheck bei Gesetzesinitiativen

Alle Gesetzesinitiativen, die in dieser Extremsituation die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand betreffen, müssen ergebnisoffen auf den Prüfstand. Initiativen, die Unternehmen vor allem im Mittelstand unterstützen und den Standort stärken, müssen höher priorisiert werden. Maßnahmen, die angesichts einer drohenden Wirtschaftskrise von den Unternehmen nicht geschultert werden können, müssen einer dringenden Prüfung unterzogen werden und sind, wenn nötig, zu verschieben oder ad acta zu legen.

Verwerfungen der Industriestruktur verhindern

Besonders der energieintensive Mittelstand leidet unter den dramatisch gestiegenen Energiepreisen. Dieser gewaltige exogene Schock führt schon jetzt für viele ansich kerngesunde mittelständische Unternehmen zu massiven Schwierigkeiten oder sogar zur Insolvenz. Eine Insolvenzwellen im Mittelstand würde zu einer massiven Veränderung und Schwächung der Industriestruktur führen. Diese oft seit Generationen familiengeführten Unternehmen werden nach dem Krieg nicht wieder zurückkehren. Ein dauerhafter Wohlstands- und Wachstumsverlust wäre vorprogrammiert. Deshalb muss der Bund kurzfristig finanzielle Überbrückungshilfen zur Verfügung zu stellen, um einer dauerhaften Schwächung der industriellen Basis zu begegnen. Diese Überbrückungshilfen sollten an klare Kriterien, wie die Betroffenheit von den dramatisch gestiegenen Energiekosten, Ausfall von Lieferketten oder Betroffenheit von den Sanktionen, geknüpft werden.

KONFLIKT MIT RUSSLAND ALS ZÄSUR FÜR DIE DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK



Nicolas Scholz ist Sprecher der Regionalgruppen der KlimaUnion sowie Koordinator der KU Hessen

Die KlimaUnion wurde 2021 von der JU Landesvorsitzenden Bremen, Wiebke Winter, gegründet. Seit diesem Frühjahr ist der Berliner Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann Vorsitzender. Er gehörte dem Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Armin Laschet an. Die KlimaUnion will gemeinsam mit der CDU und CSU eine wirksame 1,5°C-Politik erreichen. Denn kaum ein anderes Land profitiert so sehr von einem schnellen, klimafreundlichen Umbau wie Deutschland. Doch dazu braucht es ein Miteinander von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Unionsparteien müssen dabei zur strukturschaffenden, verlässlichen Kraft werden, denn unsere Gesellschaft steht vor immensen Herausforderungen. Der Konflikt mit Russland etwa ist eine Zäsur für die bisherige deutsche Energiepolitik und zeigt, dass die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft zu jeder Zeit und unter allen Umständen Priorität haben muss. Um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten, muss der Umbau unseres Energiesystems jedoch nicht gestoppt oder gar zurückgedreht, sondern noch energischer und noch ganzheitlicher als

bislang vorangetrieben werden. In diesem Sinne ist der Konflikt um die Ukraine ein Weckruf: Die aktuellen Preissteigerungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten geben uns einen Vorgeschmack auf das, was geschieht, wenn wir nicht entschlossen und im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen handeln, sondern uns von Diktatoren und Autokraten abhängig machen.

Ideologische Scheuklappen, eindimensionale Sichtweisen und deutsche Sonderwege – wie sie die aktuelle Bundesregierung vertritt – sind für die KU keine Option. Vielmehr bedarf es einer Partei, die bereit ist, Verantwortung im Sinnes des Klimaschutzes und der Menschen zu übernehmen und sich dabei eindeutig an marktwirtschaftlichen Prinzipien, dem „Pariser Gewissen“ und einem klaren europapolitischen Kompass orientiert. Genau das ist der Wertekern von CDU/CSU und die Union muss sich deshalb erneut an die Spitze des Fortschritts stellen. Um die notwendigen Investitionen von sechs Billionen Euro aufzubringen, um das Klimaschutzziel des Bundes bis 2045 zu erreichen, müssen wir als CDU daher die alle Generationen betreffende Herausforderung annehmen und ein Erfolgsmodell „Klimaneutralität 2045“ entwickeln. Es muss Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz gleichermaßen gewährleisten. Hierfür brauchen wir eine Vielzahl von Innovationen, regionalen Lösungskonzepten und europäischen Initiativen. Eine Technologie, die diese Prämissen erfüllt, ist beispielsweise die Geothermie. So hat die gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission errechnet, dass in

Europa die viertgrößte geothermische Erzeugungskapazität weltweit vorhanden ist. Aber auch hier vor Ort – besonders in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg – besitzt die Geothermie großes Potenzial. Sie hat zudem gegenüber Solar- und Windkraft gewichtige Vorteile. So hält sich der Ressourcenbedarf verglichen mit großen Solarparks in engen Grenzen. Zugleich sind geothermische Kraftwerke wesentlich raumeffizienter als Windparks, da ein Großteil der Rohre vertikal im Erdreich liegt.

Neben innovativen, regionalen Lösungskonzepten und energiepolitischem Weitblick brauchen wir aber vor allem intelligente Köpfe sowie neue, projektbasierte Arbeitsweisen. Die KlimaUnion Hessen hat sich diesem Ziel voller Leidenschaft verschrieben. Wir möchten einen frischen Wind in den „ideologisch verbohrtten klimapolitischen Stellungskrieg“ bringen. Dies tun wir, indem wir eine Plattform für die politische Vernetzung zwischen kommunalen CDU-Entscheidungsträgern und europäischen Stakeholdern bereitstellen. Gleichzeitig stehen wir als Think-Tank unseren politischen Ansprechpartnern in der CDU mit Informationen über neueste, europäische Gesetzesvorhaben sowie mit Kontakten oder wissenschaftlich fundierten und marktwirtschaftlich und europäisch verorteten Lösungskonzepten zur Seite.

Wenn ihr mehr über die KlimaUnion Hessen erfahren oder mitmachen wollt, dann meldet euch gerne unter **region-hessen@klimaunion.de** ■

Kureck Wohnturm Wiesbaden mitten im Herz der Stadt



Derzeitig entsteht in Wiesbaden der Kureck Wohnturm, ein neues Wahrzeichen der Stadt.



Wir, die Firma Hochbau Engel GmbH mit Standort in Hanau, freuen uns die Rohbauarbeiten für dieses besondere Projekt im Auftrag der FBW Projektbau GmbH und nach den Plänen des Architekturbüros Max Dudler GmbH ausführen zu dürfen.

Während der Bauphase steht die Nachhaltigkeit im Fokus. Der gesamte Strom für den Rohbau wird hierbei aus zertifiziertem Ökostrom gewonnen.

Das Kureck besticht durch seine 66 Eigentumswohnungen, die sich über 21 Geschosse verteilen. Die Panoramafenster sowie die Dachterrasse im 22ten Geschoss zeigen einen spektakulären und einmaligen Blick über die gesamte Stadt und sein Umland.



Die genutzte Energie wird zu 100% aus Erneuerbaren-Energie-Anlagen erzeugt und in das öffentliche Stromnetz eingespeist.

Eine besondere Herausforderung für uns als Rohbauer waren die Vorbereitungen für die Betonage der Bodenplatte. Über 200 Tonnen Stahl wurden hierbei aufwendig verbaut. An der stärksten Stelle hat die Bodenplatte eine Höhe von 2,40 m, um dem Wohnturm einen sicheren Stand zu geben.

Die Grundsteinlegung am 29.04.2022 erfolgte feierlich durch Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, dem Architekten Prof. Max Dudler sowie Fabrizio Floresta, Geschäftsführer der FBW GRUPPE.



Allein diese Betonage ist über 20 Stunden gelaufen und es mussten über 100 Betonmischwagen koordiniert werden, um den Verkehr am Knotenpunkt Taunusstraße und Wilhelmstraße nicht zu beeinträchtigen.

Der „Wohnturm KURECK“:

Höhe: 60 Meter

Geschosse: EG + 21 Geschosse

Bauvolumen: 14.340 m² Bruttogrundfläche

Bezugsfertig: 2024

Nutzungen:

Wohnungen: ab dem 4. OG 66 Einheiten mit einer Größe von 71 bis 476 m²

Boardinghouse: 1. bis 3. OG

Flächen: ca. 7.800 m² Wohnfläche, ca. 800 m²

Boarding, ca. 180 m² Fitness/SPA

Services:

Concierge in der Lobby, Spa- und Fitness-Bereich im 1.OG, der den Bewohnern vorbehalten ist; zudem sind ebenerdig ein großer Fahrradabstellraum und eine „Waschschleuse“ für die vierbeinigen Bewohner vorgesehen.

Ein Jobmotor in Hessen: Antec ist Finalist des Hessen Champions 2021

Tatsächlich wurde die Antec Antennentechnik 1973 als Kleinbetrieb gegründet. Noch im selben Jahr bauten wir die erste Anlage im Auftrag der Telekom. Die ersten Kabelfernsehnetze folgten 1984, ebenfalls im Auftrag der Telekom. Im Jahre 2001 wurde die Breitbandtechnologie in die deutsche Fernsehentechnologie eingeführt. Seit 2005 haben wir uns komplett auf die Breitbandtechnologie eingestellt und damit den Durchbruch erzielt. So konnten wir zum Dienstleister für Kabelnetzbetreiber, Wohnungsbaugesellschaften und Wohnsiedlungen mit mehr als 15.000 Haushalten werden. Wir erzielen derzeit mit mehr als 115 Mitarbeitern mehr als 225.000 Serviceeinsätze im Jahr.

Unser technischer Kundendienst ist für den Aufbau, Betrieb und Service von Breitbandanlagen zuständig. Unser Angebot umfasst zudem die komplette Peripherie – Elektrotechnik, Videoüberwachung, Sicherheitssysteme und Satellitenkommunikation. Eine Stärke unseres Unternehmens ist die Nachvollziehbarkeit des Kundennutzens. Wir agieren nicht schematisch, sondern mit großer Flexibilität und immer nach Bedarf. Dabei sind wir nicht auf eine Technik festgelegt. Eines unserer Projekte dient zum Beispiel der verbesserten Sicherheit einer Wohnsiedlung in Wiesbaden durch Videoüberwachung und Videoaustausch mit Hausmeister und Sicherheitsfirmen. Über Breitbandtechnologie wird eine digitale Verbindung geschaffen. Die Wohnsiedlung ist so viel sicherer und attraktiver für Familien geworden.



Aufbereitungssysteme für Breitbandsignale sind maßgeblich für höhere Bandbreiten im Netz.

Die Innovation ist der Erfolg des Unternehmens in mehrfacher Hinsicht: so sind wir bereits seit 2008 ein papierloses Handwerksunternehmen. Wir haben eine App entwickeln lassen für technische Einsätze im Innen- und Außendienst, damals ein absolutes Novum. Wir konnten



Die Geschäftsführer Roberto Careddu (l) und Pablo Gonzalez (r) führen das Unternehmen Antec Antennentechnik GmbH seit 2006. (Fotos: Antec GmbH)

unsere Effizienz enorm steigern und uns dadurch in der Breitbandbranche noch besser etablieren. Seit 2009 sind wir Partner der Kabelnetzgesellschaften in Deutschland, insbesondere in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Wir leisten den Service und technischen Kundendienst für die großen Netzbetreiber, heute vor allem für die Vodafone.

Gegen dem wachsende Fachkräftemangel haben wir unsere eigene, bewusste Strategie entwickelt und eingesetzt. So haben wir bereits 2011 eigene Konzepte für die Aus- und Weiterbildung entwickelt. Wir betreiben Insourcing, das heißt wir halten alles vor Ort: Verwaltung, Disposition und Lager, aber auch Schulung und Trainingscenter. Wir haben 2016 ein eigenes Kompetenzzentrum gegründet, das in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit steht. So konnten wir unter anderem 28 Flüchtlinge einstellen und ihnen mit einer Arbeitserlaubnis, Sprach- und Integrationskursen den Einstieg erleichtern. Heute sind sie fester Bestandteil unseres Teams und mit Familie, eigener Wohnung und Existenz gut integriert. Diese Entwicklung entspricht der Philosophie unseres Unternehmens, dass technische Entwicklung und soziale Verantwortung stets Hand in Hand gehen sollten. Insgesamt haben wir in den letzten 4 Jahren 46 zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen.

Ich bin überzeugt, dass wir unsere Entwicklung und unser Umsatzwachstum fortsetzen können. Die technische Entwicklung in der Digitalisierung ist unaufhaltsam und wird durch 5G und Breitbandausbau als nächste Entwicklungsstufe beschleunigt. Das Homeoffice wird sich als Bestandteil der Arbeitswelt durchsetzen. Viele Unternehmen haben festgestellt, dass Büroräume im Überfluss gemietet werden. Nicht jeder Mitarbeiter kann von zu Hause arbeiten, aber drei Tage Homeoffice, zwei Tage im Unternehmenssitz sind durchaus vorstellbar. Alle müssen ökonomisch und ökologisch denken, auch im Hinblick auf gefahrene Kilometer, Lärm, Staus und verspätete Züge. Für uns hat Umweltschutz einen hohen Stellenwert. So plädieren wir für die Nutzung von Geräten mit längerer Lebensdauer – auch hier ist 5G wichtig. Unser Ziel ist es, ein gestandenes, etabliertes Digitalunternehmen zu werden, in dem der Mensch als analoger Part eine Verbindung zu digitaler Kommunikation ist, ohne dass der unternehmerische Faktor beeinträchtigt wird.



AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

DER HESSISCHE LANDTAG UND SEINE
AUSSCHÜSSE BESCHÄFTIGEN SICH IM
LAUFE EINER WAHLPERIODE MIT MEHR
ALS 7.000 DRUCKSACHEN ZU EINER
VIELZAHL VERSCHIEDENER
THEMEN.

DER HESSENKURIER HÄLT
SIE AUF DEM LAUFENDEN!



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDE DER CDU-LANDTAGSFRAKTION,

mutig und entschlossen gehen auch wir als CDU-Fraktion in die letzten rund eineinhalb Jahre vor der Landtagswahl. Mit großer Mehrheit haben wir am 31. Mai unseren ehemaligen Landtagspräsidenten Boris Rhein zum Ministerpräsidenten und Nachfolger von Volker Bouffier gewählt. Das großartige Wahlergebnis und die Geschlossenheit der Koalition sind ein großer Vertrauensbeweis in seine Person, seine bisherige Arbeit und seine Fähigkeiten, dieses Land an vorderster Stelle zu führen. Wir als Fraktion und Partei sind bereit, mit ihm ein neues Kapitel aufzuschlagen und ihn bei dieser großen Aufgabe und allen anstehenden Herausforderungen bestmöglich zu unterstützen. Bald 25 Jahre haben wir das Privileg und das Vertrauen der Menschen, dieses schöne Land führen und gestalten zu dürfen. Hessen hat sich in dieser langen Zeit zu einem der stärksten, erfolgreichsten und auf vielen Feldern vorbildlichsten Länder entwickelt. Diese Erfolge sind mit Zahlen, Daten und Fakten belegbar. Wir haben eine Vorstellung davon, wie die Gesellschaft von morgen aussehen wird. Deshalb wollen wir den erfolgreichen Modernisierungskurs der vergangenen Jahre fortsetzen und gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Boris Rhein unser schönes Hessen auch in den nächsten Jahren weiter erfolgreich gestalten.

Als Nachfolgerin im Amt des Präsidenten des Hessischen Landtags wurde unsere Fraktionskollegin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Wallmann ebenso mit großer Mehrheit gewählt. Auch darüber freuen wir uns sehr und wünschen ihr in dem verantwortungsvollen Amt als erste Landtagspräsidentin Hessens fortan alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.



MITGLIEDER, EHEMALIGE,



An dieser Stelle ist es uns ein großes Anliegen, auch unserem ehemaligen und langjährigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier für seine herausragenden Leistungen im Dienste unseres Landes zu danken. Während seiner fast zwölfjährigen Amtszeit hat er Hessen geprägt und gestaltet, den Menschen Orientierung gegeben und zu recht weit über die Grenzen unseres Landes große Anerkennung erfahren. Dafür werden wir ihm für immer dankbar sein. Wir wünschen ihm nun einen wahrlich wohlverdienten Ruhestand, viele weitere gesunde Jahre und ausreichend Zeit für das, was in der Vergangenheit möglicherweise zu kurz kam.

In diesen Zeiten sind unsere Gedanken und Gebete aber vor allem auch bei den mutigen Menschen in der Ukraine, die die Freiheit ihres Heimatlandes und die Werte des Westens verteidigen, bei den Familien und Kindern, die sich auf der Flucht in ein sicheres Nachbarland befinden und leider auch bei jenen, die diesen Kampf bereits mit ihrem Leben bezahlen mussten. Seit Ausbruch des Krieges haben wir in Hessen und Deutschland eine überwältigende Hilfsbereitschaft von Privatleuten und Ehrenamtlichen bei der Aufnahme, Versorgung und praktischen Unterstützung der Menschen erfahren, für die wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchten. Dieses herausragende Engagement wollen wir nun mit den umfassenden Maßnahmen aus dem Aktionsplan Ukraine weiter unterstützen.

Näheres dazu und weiteren aktuellen Themen aus der Fraktion erfahren Sie in unseren folgenden Beiträgen.

Eine interessante Lektüre wünschen Ihnen

Ihre

Ines Claus
Vorsitzende der
CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag

Ihr

Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäfts-
führer der CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag



WIR STEHEN AN DER SEITE DER UKRAINE

Abseits der üblichen landespolitischen Themen und Herausforderungen, sind es seit dem 24. Februar vor allem der grausame Krieg in der Ukraine und seine in vielerlei Hinsicht

dramatischen Folgen und Konsequenzen, die uns auch in Hessen sehr beschäftigen und fordern.

Wir blicken weiterhin fassungslos und mit großer Sorge in den Osten unseres Kontinentes. Immer mehr Städte und Dörfer werden bombardiert, Lebensgrundlagen zerstört und unsägliches Leid über die Bevölkerung gebracht. Nicht

zuletzt die menschenverachtenden Kriegsverbrechen und Gräueltaten in Butscha, Mariupol und anderen Orten des Landes haben weltweit Entsetzen ausgelöst und müssen

„*Solidarität bedeutet für uns Handeln und deshalb tun wir alles in unserer Macht Stehende, um den Kriegsflüchtlingen die bestmögliche humanitäre Unterstützung zu bieten.*“

zwingend aufgearbeitet und zur Anklage gebracht werden. Unsere Gedanken und unsere Gebete sind auch in diesen Tagen bei den mutigen Menschen in der Ukraine, die die Freiheit ihres Heimatlandes und die Werte des Westens verteidigen, bei den Familien und Kindern, die sich

auf der Flucht in ein sicheres Nachbarland befinden und leider auch bei jenen, die diesen Kampf bereits mit ihrem Leben bezahlen mussten.

“

schwerer Waffen entscheidend mit vorangetrieben hat. Auch wenn eine solche Entscheidung nie leichtfertig zu befürworten ist, so ist sie neben der umfassenden ökonomischen Isolierung Russlands die einzige Sprache, die ein Aggressor wie Putin versteht.

Gerade deswegen war es wichtig und richtig, dass die Union im Bund die seit Wochen fehlende Führung des Kanzlers eingefordert und die Entscheidung für die Lieferung



Die Fraktionsvorstände aus Hessen und Rheinland-Pfalz zu Besuch beim Hauptquartier der US Army Europe and Africa in Wiesbaden

Gleichzeitig tun wir in Hessen gemeinsam mit den Kommunen, Behörden und den vielen ehren- und hauptamtlichen Helfern weiterhin alles dafür, um den Menschen, die zu uns kommen, in ihrer Not zu helfen und eine schnelle und pragmatische Unterbringung und Versorgung zu ermöglichen. Mit dem **Ukraine-Aktionsplan** (siehe Kasten) hat die CDU-geführte Landesregierung als eine der ersten bundesweit eine umfassende Strategie entwickelt, um den Menschen das Ankommen in Hessen nach einer oft langen und traumatischen Flucht zu erleichtern und ihnen eine Perspektive zu geben.

Der Aktionsplan nimmt dabei alle Lebensbereiche der Flüchtlinge

in den Blick, von der ersten Unterbringung und Versorgung mit Wohnraum, der Betreuung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen bis zur Integration in den Arbeitsmarkt, der Sicherheit und medizinischen Versorgung. Solidarität bedeutet für uns Handeln und deshalb tun wir alles in unserer Macht Stehende, um den Kriegsflüchtlingen die bestmögliche humanitäre Unterstützung zu

bieten. Wir haben als Land keine Kompetenz für die Außenpolitik, aber wir haben eine für Verantwortung und Solidarität.

Es ist und bleibt eine gewaltige Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen werden. Deshalb haben auch wir uns als Fraktion mit verschiedenen Experten über die aktuelle Lage und Folgen des Krieges in der Ukraine ausgetauscht.

INFORMATION

Einfach QR-Code scannen und direkt zum **Ukraine-Aktionsplan** gelangen.



Prof. Dr. Sven Simon, MdEP zu Gast in unserer Fraktionssitzung

So besuchten die beiden Vorstände der CDU-Fraktionen im Hessischen und Rheinland-Pfälzischen Landtag am 26. April gemeinsam das in Wiesbaden gelegene **Hauptquartier der US Army Europe and Africa**.

Mit dem Chef des Stabes, Brigadegeneral Jared Sembritzki, haben wir über das amerikanische Engagement in Europa sowie die aktuelle militärische Situation in der Ukraine gesprochen. Gerade in den aktuellen Zeiten wissen wir um die Bedeutung unseres transatlantischen Bündnisses und sind den Vereinigten Staaten für ihr schnelles Handeln zur Sicherung

der Verteidigungsfähigkeit Europas sehr dankbar.

Einen weiteren wichtigen und interessanten Gedankenaustausch gab es mit dem Kommandeur des Landeskommandos Hessen, **Herrn Brigadegeneral von Roeder**. Im Mittelpunkt standen natürlich auch hier der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Herausforderungen für unser Land.

Gemeinsam mit unserem **Europaabgeordneten Sven Simon** haben wir uns aber auch über die Klimaschutzgesetze der EU, ihre Auswirkungen auf Hessen sowie notwendige Anpassungen in Folge des Ukrainekrieges ausgetauscht. ■



Brigadegeneral Olaf von Roeder



Fraktionsvorsitzende Ines Claus, Brigadegeneral von Roeder und der Parlamentarische Geschäftsführer Holger Bellino

AKTUELLES AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

ZU DEN WIEDERHOLTEN STRASSENBLOCKADEN IN FRANKFURT DURCH SOGENANNTHE KLIMAAKTIVISTEN



Holger Bellino,
Parlamentarischer
Geschäftsführer

” *Rechtswidrige Blockaden des Straßenverkehrs und der Aufruf zum zivilen Ungehorsam durch die Gruppe der selbst ernannten „Letzten Generation“ sind schlichtweg der Versuch der Erpressung unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaates. Die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht sind wichtige und elementare Grundpfeiler unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, doch niemand steht über dem Gesetz, auch kein Klimaaktivist. So richtig und wichtig das Ziel des Klimaschutzes auch ist, es darf nicht gegen Demokratie und Rechtsstaat missbraucht werden. Es ist daher nur konsequent, dass mehr als 140 Strafverfahren eingeleitet und mehr als 220 sogenannte Aktivisten vorläufig festgenommen wurden.*

ZUM HESSISCHEN GLASFASERPAKT



Hartmut Honka,
digitalpolitischer Sprecher

” *Mit dem Glasfaserpakt stoßen wir in neue digitale Dimensionen vor: 530.000 hessische Haushalte sollen in den kommenden zwölf Monaten einen Anschluss ans Glasfasernetz erhalten. Bis Mitte des Jahres 2023 sollen damit rund 25 Prozent der Haushalte an das blitzschnelle Internet angeschlossen sein. Dies bietet deutlich größere Übertragungskapazitäten mit bis zu 1000 Megabit pro Sekunde und stabile Verbindungen. Für die schnellere Digitalisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft sind diese Vorteile unabdingbar, denn eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Nach den Erfolgen mit den beiden Mobilfunkpakten treiben wir auch den Glasfaserausbau weiter kontinuierlich voran und machen Hessen gigafit.*

ZUR LANDARZTQUOTE



Claudia Ravensburg,
sozialpolitische Sprecherin

” *Die Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land ist uns ein zentrales Anliegen. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Landarztquote, bei der sich Studierende dazu verpflichten, nach Abschluss ihres Medizinstudiums zehn Jahre in bisher hausärztlich unterversorgten Gebieten tätig zu sein. Die ersten Studentinnen und Studenten können in diesem Rahmen bereits zum Wintersemester 2022/2023 starten und schon jetzt haben wir mehr Bewerber als Plätze. Auch das zeigt, wie attraktiv das Programm für junge Menschen ist. Damit wirkt das Gesetz innerhalb von ein paar Jahren und die Hilfe kommt passgenau dort an, wo sie nach Bedarfsfeststellung am dringendsten benötigt wird.*

Die Holzwärme: Ein wichtiger Teil der Energiewende und der unabhängigen Wärmeversorgung

Eskalierende Energiepreise und drohende Lieferstopps seitens der Russischen Regierung sowie neue Sanktionen der EU stören nicht nur nachhaltig die Entwicklung unserer Wirtschaft, sondern auch die ehrgeizigen Klimaziele. Daher ist es kurzfristig sinnvoll Energie einzusparen. Um aber wirklich nachhaltig abgesichert zu sein, ist mittel- und langfristig der Ausbau der erneuerbaren Energie das Gebot der Stunde. Darunter fallen Wind, Sonne sowie gasförmiger und flüssiger regenerativer Brennstoff und der nachhaltige Rohstoff Holz. So vereint die Holzenergie mittlerweile rund 5 % des bundesweiten Energieverbrauchs auf sich - ähnlich dem Niveau der Windenergie. Damit leistet die Holzenergie einen zentralen Beitrag zur Dekarbonisierung im Wärmesektor. So ersetzen die in privaten Haushalten eingesetzten 12 Mio. Tonnen Scheithölzer 5.260 Mio. Liter Heizöl oder 5.160 Mio. m³ Erdgas.

Darüber hinaus führt die anhaltende Nutzung fossiler Energien zu einem nicht mehr zu kompensierenden CO₂-Ausstoß mit negativen Einflüssen auf unsere Atmosphäre. Bei der Verbrennung von Holz schließt sich dagegen der Kohlenstoffkreislauf über die Jahre durch neu gepflanzte und nachwachsende Bäume. Da die Holzentnahme und der Aufwuchs bei einer nachhaltigen Forstwirtschaft parallel stattfinden, bleibt die Kohlenstoffmenge im Wald weitgehend gleich. Somit wird das bei der Holzverbrennung entstandene CO₂ zeitnah kompensiert. Darüber hinaus wird bei der Verbrennung von Holz nur jene Menge Kohlenstoffdioxid freigesetzt, die auch beim natürlichen Verrottungsprozess im Wald entweichen würde.

Der heimische Energieträger steht zeitlich unbegrenzt und regional zur Verfügung. Seit Jahren schon wächst in unseren nachhaltig bewirtschafteten Wäldern mehr Holz nach, als diesen entnommen wird. Was viele auch nicht wissen: Brennholz fällt bei der Waldpflege oder der Holzernte an. Dieses Holz ist sonst für andere stoffliche Verwendungen nicht geeignet. Zu Scheitholz und Hackschnitzel aufbereitet werden insbesondere dünne, krumme oder von Fäulnis befallene Stammabschnitte, Äste und Kronenmaterial sowie minderwertiges

Sturm- oder Käferholz. Aus den Reststoffen der Sägewerke lassen sich etliche Tonnen Holzpellets gewinnen.

Einzelraumfeuerstätten wie sie im Fachjargon genannt werden, also Kamin-, Pellet-, Kachelöfen und Heizkamine, stellen dabei eine günstige und unabhängige Möglichkeit zur Nutzung regenerativer Energien dar. Sie sind hocheffizient und emissionsarm, unabhängig von Strom- und Wärmenetzen sowie fossilen Brennstoffen. Darüber hinaus tragen sie in den Wintermonaten zur Entlastung der Zentralheizung bei und bieten eine nahezu verlustfreie Wärme. Bereits jeder dritte bis vierte Haushalt ergänzt so seine zentrale Wärmeversorgung. Zum Teil mit nur 200 bis 300 Betriebsstunden im Jahr. Der Betrieb wird vom Gesetzgeber lückenlos überwacht. Dabei ist die Luftverunreinigung durch Staubemissionen aus der Holzverbrennung durch die Einführung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV) in den letzten Jahren deutlich reduziert worden. So müssen ältere Geräte, die die neuen Grenzwerte nicht mehr erfüllen, ausgetauscht oder mit entsprechender Emissionsminderungstechnik nachgerüstet werden.

Neuste Verbrennungstechniken können die Emissionen um bis zu 85 % gegenüber einem Altgerät reduzieren. Dank moderner Gerätetechnik oder der Verbindung mit sog. Emissionsminderungsmaßnahmen (Staubabscheider, Katalysatoren, etc.) emittieren Holzheizungen immer weniger Partikel bzw. Feinstaub. So haben sich nach Aussage des Umweltbundesamtes (UBA) die Staubemissionen aus Holzfeuerungen bereits deutlich verringert. Insgesamt ist die Belastung der Luft mit Schadstoffen in den letzten 25 Jahren deutlich zurückgegangen. Darüber hinaus hat die Holzfeuerung mit knapp 8 % nur einen relativ geringen Anteil an den Gesamtemissionen von Feinstäuben.

Dennoch setzt sich der HKI weiterhin für eine Beschleunigung des Austauschs von Altgeräten sowie für den Einbau moderner Holzfeuerstätten ein, welche die Anforderungen nach Stufe 2 der 1. BImSchV erfüllen oder sogar übertreffen. Wer hier sicher gehen will findet Unterstützung bei zertifizierten oder mit Umweltsiegel gelabelten Geräten. Eine

konsequente Modernisierungsstrategie mit gezielten Investitionsanreizen könnten die Betreiber älterer Feuerstätten zu einem frühzeitigen Austausch bewegen.

Neben einem optimierten Feuerraum mit entsprechender Primär- und Sekundärluftführung, hat auch die Qualität des Brennstoffs einen erheblichen Einfluss auf eine saubere Verbrennung. Daher hat der HKI Industrieverband zusammen mit dem Bundesverband Brennholzhandel und Brennholzproduktion (BuVBB) das Qualitätszeichen „Kooperation Sauberes Holzfeuer“ ins Leben gerufen. Ein Qualitätssiegel, welches dem Käufer hochwertiges und nachhaltiges Scheitholz zur sofortigen Nutzung garantiert, mit festgelegten Standards an die Holzqualität für eine emissionsarme und optimierte Verbrennung. Da die meisten Emissionen durch den Betreiber direkt verursacht werden, bietet der Verband zusätzlich umfangreiche Hilfestellungen unter www.richtigheizenmitholz.de sowie www.ratgeber-ofen.de

Zukünftig stellen steigende Heizkosten eine zunehmende finanzielle Belastung dar. Doch nicht nur die Kosten spielen bei der Wahl des richtigen Heizsystems eine Rolle - auch die Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit werden bei der Wahl des Heizsystems bedeutender. Hier kann die Holzheizung alleine oder auch in Kombination unterschiedlicher Möglichkeiten wie z.B. einer Solar- oder Photovoltaikanlage sowie Wärmepumpe eine effiziente Alternative darstellen. Allerdings wird eine technische Lösung alleine den steigenden Energiebedarf und unsere individuellen Wünsche im Bereich der Wärmeversorgung nicht decken können. Ein gesunder Energiemix und eine technologieoffene Diskussion sind auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend.



**INDUSTRIEVERBAND
HAUS-, HEIZ- UND
KÜCHENTECHNIK E. V.**



BWE ARBEITSPLATZINITIATIVE

Die Windenergiebranche bietet Jobs mit Perspektive



JETZT Teil der Energiewende werden!
Finden Sie hier Ihre berufliche Zukunft.